dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin
Cornelia Krüger

Telefon 030.40 81-55 60
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 37 **1. Oktober 2014**

aktuell

Informationsdienst des dbb

Inhalt

Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung: Höchste Zeit für gerechte Frauenpolitik+++
dbb bundesseniorenvertretung: Flexibler Übergang in die Rente hat viele Vorteile+++
dbb jugend diskutiert Generationengerechtigkeit+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DBB NRW fordert kürzere Wochenarbeitszeit für Beamte+++
BBW sagt „nein danke“ zu verspätetem Abkommen mit Grün-Rot+++
dbb rheinland-pfalz und Grüne im Austausch über Haushaltsspielräume+++
tbb-Forderung erfüllt: Wegestreckenentschädigungen werden erhöht+++
DSTG kritisiert Pläne des Bundesfinanzministeriums+++
BDZ zu Arbeitszeitverordnung: Entwurf greift zu kurz+++
Tarifverhandlungen bei der Deutschen Bahn gescheitert+++
Erste Gespräche zur Novellierung des Soldatenbeteiligungsgesetzes+++
Wendt fordert stärkere Kontrollen – Eingriffe in Grundrechte sind hoheitliche Aufgabe+++
VRB fordert Angleichung der Wochenarbeitszeit+++

Namen und Nachrichten+++

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung: Höchste Zeit für gerechte Frauenpolitik

(dbb) „Gerechtigkeit bei der Anerkennung von Kinderziehungszeiten kann nur erreicht werden, wenn diese Zeiten für alle Mütter gleich viel wert sind." Das hat die Vorsitzende Helene Wildfeuer auf der Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung am 26. September 2014 in Ludwigsburg festgestellt und nochmals kritisiert, dass die Neuregelung zur Mütterrente unterscheidet zwischen Müttern, die ihre Kinder vor oder nach 1992 geboren haben und „kurioser Weise auch danach, ob die Mutter als Angestellte oder Beamte niedergekommen ist".

Es dürfe nicht sein, dass bei der Anrechnung der Kindererziehung für die Altersbezüge unterschiedliche Maßstäbe angelegt werden, erklärte Wildfeuer: „Die Stichtagregelung ist hierbei ebenso wenig akzeptabel wie die Weigerung des Bundes und der Länder – außer Bayern – ,die verbesserte Anerkennung von Erziehungsleistungen in der Alterssicherung auf die Beamtinnen und Beamte zu übertragen."

Mit Blick auf den Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur gleichberechtigten Teilhabe von Männern und Frauen an Führungspositionen stellte Wildfeuer fest: „Betrachtet man diesen Entwurf und die Neuregelung zur Mütterrente im Zusammenhang, wird deutlich, dass Frauenpolitik für die Bundesregierung noch immer nicht den Stellenwert hat, der ihr zusteht." So sei beispielsweise anstatt der ursprünglich geplanten 50-Prozent-Quote bei der Besetzung von Gremien in Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung nun nur noch ein „Quötchen" in Höhe von 30 Prozent bis 2016 vorgesehen.

Wildfeuer weiter: „Damit wird die Chance verpasst, ein klares Signal zur Anerkennung der Arbeit von Frauen zu senden. Während des aktiven Berufslebens müssen viele Frauen erfahren, dass Teilzeitarbeit mit Blick auf Beförderungen ein Karrierekiller ist, und im Ruhestand erfolgt die Anerkennung der Erziehungsleistung nach ungerechten Unterscheidungen wie dem Geburtsjahr des Kindes und dem Beruf der Mutter. Es ist höchste Zeit für eine gerechte und umfassende Frauenpolitik in Deutschland." (01/37/14)

dbb bundesseniorenvertretung: Flexibler Übergang in die Rente hat viele Vorteile

(dbb) Grundsätzlich positiv hat der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Wolfgang Speck, am 30. September 2014 in Berlin die Absicht der Großen Koalition bewertet, den flexiblen Übergang in die Rente neu zu regeln – auch gegen Widerstände aus dem Arbeitgeberlager: „Es ist zu kurz gedacht, wenn behauptet wird, der flexible Übergang in die Rente gehe zu Lasten der jungen Generation. Das Gegenteil ist der Fall."

Älteren Arbeitnehmern würde damit ermöglicht, länger im Arbeitsleben zu bleiben. Viele Menschen würden möglicherweise gerne länger als bis 60, 63 oder gar 65 arbeiten, wenn sie Wochenarbeitszeiten oder Schichten reduzieren oder sogar ganz aus dem Schichtdienst aussteigen könnten. „Die Altersteilzeit im Teilzeitmodell wäre dafür eine Möglichkeit", stellte Speck fest. Die betroffenen Personen könnten die Arbeitszeit reduzieren und so langsam in die Rente gleiten, blieben aber als Arbeitskraft erhalten und zahlten bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze in die gesetzliche Sozialversicherung ein. „Eine zusätzliche Belastung der jungen Generation kann ich nicht erkennen, aber durchaus Vorteile für die Arbeitgeber im Hinblick auf den drohenden Fachkräftemangel", so Speck. (02/37/14)

dbb jugend diskutiert Generationengerechtigkeit

(dbb) Mehr als 60 Teilnehmer hatten sich zur Sitzung des Bundesjugendausschusses (BJA) am 26. und 27. September 2014 im dbb forum siebengebirge in Königswinter eingefunden – Sandra Kothe, die Vorsitzende der dbb jugend, begrüßte sie und den stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden Hans-Ulrich Benra, Fachvorstand Beamtenpolitik, herzlich. Benra vertrat die dbb Bundesleitung und berichtete über die aktuelle politische Lage. Auch Matthäus Fandrejewski, Sprecher der CESI Youth, war vor Ort und erläuterte den Fortgang des Aufbaus der europäischen Jugend-Dachorganisation und die aktuelle Lage in Europa.

Ein Themenschwerpunkt des BJA war die „Generationengerechtigkeit": „Die Diskussion um den demografischen Wandel berücksichtigt unserer Meinung nach bisher zu sehr die Bedürfnisse der Lebensälteren. Die Auswirkungen auf unsere und die folgenden Generationen werden kaum in den Fokus gerückt", erklärte dbb jugend-Chefin Sandra Kothe, dabei gehöre auch genau dieser Aspekt zu der von allen geforderten Generationengerechtigkeit. „Ausgaben für die jetzige ältere Generation müssen gegenfinanziert werden, ohne die nachfolgenden Generationen überproportional zu belasten. Die Diskussion darf aber gleichzeitig nicht zum Streit zwischen den Generationen führen", betonte Kothe. Ebenfalls auf der Agenda der Gewerkschaftsjugend stand die Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst der Länder, die Anfang 2015 startet. Die dbb jugend wird sich hier wieder mit spezifischen Forderungen für Auszubildende und junge Beschäftigte einbringen.

Der BJA wählte Steffen Kollmann vom Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB) zum neuen Schatzmeister der dbb jugend. Die Neubesetzung war durch den Rücktritt von dbb jugend-Vize Sascha Titze notwendig geworden. (03/37/14)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DBB NRW fordert kürzere Wochenarbeitszeit für Beamte

(dbb) Im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen existieren noch immer für Beamte und Arbeitnehmer unterschiedliche Arbeitszeiten von 39,5 bis 41 Stunden. Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW, will bei den künftigen Gesprächen mit der rot-grünen Landesregierung auf diese Ungleichbehandlung hinweisen und eine Angleichung der Wochenarbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten fordern.

„Frau Ministerpräsidentin, beseitigen sie endlich die seit Jahren geltende ungerechte Ungleichbehandlung und handeln Sie auch im Interesse der Gesundheitsförderung Ihrer Beamtinnen und Beamten", so bereits Staudes Appell am 25. September 2014.

Der nordrhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans hatte zuletzt anlässlich der Haushaltsdebatte im Landtag angekündigt, dass er attraktive Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst anbieten wolle. „Jetzt kann er seinen Worten Taten folgen lassen: Die Reduzierung der Wochenarbeitszeit für Beamte und Beschäftigte auf einheitlich 39 Stunden würde die Attraktivität eines Arbeitsplatzes im öffentlichen Dienst steigern und die Entscheidung möglicher junger qualifizierter Bewerber positiv für die Verwaltung beeinflussen", erklärte Staude.

Der öffentliche Dienst liegt im Branchenvergleich deutschlandweit an der Spitze bei der wöchentlichen Arbeitszeit. Zu diesem Ergebnis kommt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung. (04/37/14)

BBW sagt „nein danke“ zu verspätetem Abkommen mit Grün-Rot

(dbb) Die Spitze des baden-württembergischen Beamtenbundes BBW hat sich am 23. September 2014 zu einem Gedankenaustausch mit SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel und Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion getroffen.

„Ruhe an der ‚Front‘ würde sich die SPD gerne mit einem verbindlichen Abkommen zwischen der Landesregierung und dem BBW für den Rest der Legislatur sichern“, stellte der BBW in seiner Mitteilung zu der Unterredung fest. BBW-Chef Volker Stich habe allerdings dankend abgelehnt. Er glaube kaum, dass er von seinen Gremien für einen solchen Pakt die Zustimmung erhalte, erklärte Stich.

Spitzengespräche mit Vertretern der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen seien nach Auffassung des BBW unerlässlich für ein vertrauensvolles Miteinander. Das habe Stich, der auch dbb Vize ist, in dem Gespräch deutlich gemacht. Die Stimmung der öffentlich Bediensteten im Lande sei äußerst schlecht. Vier Sparpakete innerhalb von drei Jahren, das habe zuvor noch keine Landesregierung Beamtinnen und Beamten samt Versorgungsempfängern im Land zugemutet, sagte Stich.

„Es muss Schluss sein mit den einseitigen Spardiktaten zulasten der Beamtenschaft. Das Tarifergebnis 2015/2016 für den öffentlichen Dienst muss eins zu eins auf Beamte und Versorgungsempfänger übertragen werden“, machte Stich klar. „Die Absenkung der Eingangsbesoldung muss zurückgenommen werden. Überzogene Eingriffe in die Beihilfe müssen korrigiert werden.“
(05/37/14)

dbb rheinland-pfalz und Grüne im Austausch über Haushaltsspielräume

(dbb) Seit die rheinland-pfälzische Landesregierung Anfang Mai 2014 angekündigt hat, den seit drei Jahren wirkenden „5 x 1 Prozent“-Deckel auf Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeamen 2015 lüften zu wollen, hat es keine weiteren Signale der Regierungskoalition zu Zeitplan und konkreter Höhe der Bezügeanpassung gegeben. Der mit dieser Hängepartie unzufriedene dbb rheinland-pfalz forderte deshalb bei einem Gespräch mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Rheinland-Pfalz konkrete Koalitionsangaben zur politischen Marschroute sowie zu Art und Höhe der angekündigten Deckelungskorrektur.

„Die Beamtinnen, Beamten, Versorgungsempfängerinnen und –empfänger beanspruchen volle Teilhabe an der gegenwärtig guten Entwicklung der Einnahmenseite des Landeshaushalts, denn sie haben ihren Konsolidierungsbeitrag in den vergangenen Jahren längst übererfüllt; sie brauchen eine dauerhaft wirkende, wirklich spürbare Gehaltsanpassung“, machte die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz in der Unterredung deutlich.

Jetzt müsse eine Perspektive für die Beamten her. Dazu müssten eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses für den öffentlichen Landesdienst im Frühjahr 2015 sowie eine Kompensation für die zwischenzeitlich entstandenen Bezahlungslücken gehören.

Grünen-Fraktionschef Daniel Köbler unterstrich, dass die Regierungskoalition den eingeschlagenen Schuldenabbaupfad nicht verlassen könne. Eine konkrete Prozentzahl zur Anpassung von Besoldung und Versorgung könne man zum jetzigen Zeitpunkt nicht nennen, da der weitere Haushaltsvorzug und die Tarifverhandlungen im Landesdienst abgewartet werden müssten.

Die Gesprächsparteien tauschten sich auch über den Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften aus, mit dem unter anderem die allgemeine Pensionsaltersgrenze für Beamte von 2016 bis 2029 gestaffelt um zwei auf dann 67 Jahre angehoben werden soll.

Der Entwurf, zu dem das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren noch nicht begonnen hat, enthält weder die Übertragung der seit Jahresmitte rentenrechtlich geltenden „Mütterrente“ und der „Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren“ noch Verbesserungen bei Erwerbs-

minderung. Die Delegation des dbb rheinland-pfalz bekräftigte deshalb ihre kritische Stellungnahme zum Gesetzentwurf.
(06/37/14)

tbb-Forderung erfüllt: Wegestreckenentschädigungen werden erhöht

(dbb) Eine Forderung des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen ist erfüllt: Zum 1. Januar 2015 steigen die Sätze für die große und kleine Wegstreckenentschädigung bei dienstlich veranlassten Fahrten mit den Privatfahrzeugen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Thüringen.

Angehoben wird die Wegstreckenentschädigung bei Benutzung eines privaten Kfz für Dienstreisen. Sie steigt beim Vorliegen von erheblichen dienstlichen Gründen von 0,30 Euro pro Kilometer auf 0,35 Euro pro Kilometer. Die sogenannte kleine Wegstreckenentschädigung steigt von 0,15 Euro pro Kilometer auf 0,17 Euro pro Kilometer.

Die Erhöhung der Wegstreckenentschädigungssätze ist eine Forderung, die der tbb seit 2008 regelmäßig gestellt hatte, zuletzt Anfang 2014 im Zusammenhang mit den Änderungen, die das „Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften" festschrieb. Die letzte Erhöhung der Wegstreckenentschädigungssätze war 2005 erfolgt.

Die bislang vorgesehenen Wegstreckenentschädigungen von 15 Cent beziehungsweise 30 Cent entsprachen nicht (mehr) den Kosten, die bei Nutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels oder bei der Nutzung eines Privatfahrzeugs pro Kilometer anfallen. Im Jahr 2012 lag der durchschnittliche Benzinpreis in Deutschland bei 160,23 Cent pro Liter. Gegenüber Januar 2011 hatte sich der Liter Benzin um rund 5,6 Prozent verteuert. Im Jahr 2005 kostete der Liter Superbenzin an der Tankstelle durchschnittlich 121,70 Cent, im Jahr 2012 rund 160,23 Cent. Dies bedeutet einen Preisanstieg von fast 32 Prozent (Quelle: Statistisches Bundesamt, Energie-Informationsdienst, MWV). Auch die Fahrpreise bei der DB im öffentlichen Nahverkehr sind seit 2005 um durchschnittlich 17,8 Prozent gestiegen.
(07/37/14)

DSTG kritisiert Pläne des Bundesfinanzministeriums

(dbb) Im Bundesfinanzministerium wird die volldigitalisierte Bearbeitung von Steuererklärungen erwogen. Schon 2016 sollen Computer die Fälle prüfen und Steuerbescheide erteilen, heißt es in einem Diskussionspapier für eine Arbeitsgruppe mit den Ländern, berichtet die „Stuttgarter Zeitung" (Ausgabe vom 29. September 2014). Belege würden dann nur gezielt angefordert.

„Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft ist amüsiert", schreibt die Zeitung: Dass Steuererklärungen ohne gesondertes Eingreifen der Finanzbeamten abgearbeitet werden, gebe es in Baden-Württemberg seit einigen Jahren, sagte der DSTG-Vorsitzende und dbb Vize Thomas Eigenthaler dem Blatt. „Hat man das in Berlin nicht mitbekommen?"

Gemeint ist das Risikomanagementsystem, bei dem Steuererklärungen ungeprüft durchlaufen. Diese sogenannten Autofälle machen aber nur einen Anteil von weniger als zehn Prozent aus, weil der Risikofilter so justiert ist, dass er rasch Ungereimtheiten erkennt. Neu am Plan des Bundesfinanzministeriums wäre, den Filter zu öffnen. Da setzt Eigenthalers Kritik an: „Wenn die Maschine so unscharf eingestellt wird, dass sie die Risikopotenziale nicht mehr in dem Maße erkennt, wie es sein sollte, kann dies Steuerausfälle bedeuten", warnte er. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass man den Filter so einstellt, um viele Fälle ohne personelle Prüfung durchzuziehen." Gerade im Südwesten sei die Sachlage oft kompliziert, weil viele Arbeitnehmer Nebeneinkünfte hätten. Zudem stünde die Steuerehrlichkeit in Frage: „Wenn Bürger ihr Risiko einschätzen können und die Filter geöffnet sind, animiert das dazu, die Grenzen auszutesten", sagte Eigenthaler.

Motivation der Politik dürfte es sein, nicht nur Personal in den Finanzbehörden einzusparen, sondern auch die Bürger nicht mehr monatelang auf den Bescheid warten zu lassen, schreibt die „Stuttgarter Zeitung" weiter. „Die Wartezeiten sind tendenziell länger geworden", bestätigte Eigenthaler. Dies habe mit dem Versuch der Länder zu tun, bundeseinheitliche Softwareprogramme anzuwenden. Einst waren die Finanzämter in Baden-Württemberg sehr schnell, doch wird die Steuermaterie immer komplexer. „Jetzt läuft es wie bei einem schwerfälligen Ozeantanker, der viele kleine Länderklippen umschiffen muss." Es werde noch viele Jahre dauern, die individuellen EDV-Landschaften zu vereinheitlichen.
(08/37/14)

BDZ zu Arbeitszeitverordnung: Entwurf greift zu kurz

(dbb) Als „Rückschlag" in der Diskussion über eine einheitliche Arbeitszeit von Beamten und Arbeitnehmern hat BDZ-Bundesvorsitzender Dieter Dewes den Entwurf einer Änderung der Arbeitszeitverordnung bezeichnet. Die Änderungen sehen die von dbb und BDZ seit Jahren geforderte Angleichung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit von 39 Stunden erneut nicht vor. Es sei ein „Ausdruck von Ignoranz", sich über diese Ungleichbehandlung kommentarlos hinwegzusetzen, sagte Dewes am 26. September 2014. „Dieser Entwurf greift zu kurz."

Der jetzt von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf sieht lediglich eine Weiterentwicklung des Pilotprojekts zur Erprobung von Langzeitkonten sowie veränderte Regelungen zu Ruhepausen und Ruhezeiten vor. Er enthält zum einen Regelungen, mit denen das seit 2011 im Bundesarbeitsministerium und im Bundesfamilienministerium praktizierte Pilotprojekt zur Erprobung von Langzeitkonten weiterentwickelt werden soll, indem die Regelungen zum Ansparen und Ausgleich von Zeitguthaben flexibler gestaltet werden und eine Ausweitung des Pilotprojekts auf weitere Ressorts ermöglicht wird.

Um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber anzuheben, soll die Flexibilität bei der in der Regel durch die Wahrnehmung familiärer Pflichten veranlassten Teilzeitbeschäftigung erhöht werden. Hierzu soll die bisherige Vorgabe in der Arbeitszeitverordnung, wonach Teilzeitbeschäftigung nur im Rahmen der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit möglich ist, aufgehoben werden. Dabei wird allerdings die Anrechenbarkeit von Reisezeiten als Arbeitszeit bei Dienstreisen auf die regelmäßige tägliche Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten begrenzt, um eine Privilegierung Teilzeitbeschäftigter gegenüber Vollzeitbeschäftigten auszuschließen. Weiterhin werden die Regelungen zu Ruhepausen und Ruhezeiten neu geordnet.

„Der BDZ fordert, dass mit der geplanten Änderung der Arbeitszeitverordnung über die im Entwurf enthaltenen Regelungen hinaus die Chance einer einheitlichen Regelung der regelmäßigen Arbeitszeit im Beamten- und Arbeitnehmerbereich endlich genutzt wird", machte Dewes klar. Während die Tarifbeschäftigten eine tarifvertragliche Arbeitszeit von 39 Stunden in der Woche haben, gilt für die Beamtinnen und Beamten des Bundes nach der Arbeitszeitverordnung des Bundes eine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 41 Stunden, die bei besonderen persönlichen Voraussetzungen verkürzt werden kann. Seit 2005 wurde die Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte des Bundes ohne jegliche finanzielle Kompensation auf 41 Stunden erhöht.
(09/37/14)

Tarifverhandlungen bei der Deutschen Bahn gescheitert

(dbb) Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat am 25. September 2014 die Tarifverhandlungen bei der Deutschen Bahn für gescheitert erklärt.

Die GDL habe das Ziel gehabt, trotz der laufenden Urabstimmung den Einstieg in inhaltliche Tarifverhandlungen zu finden. Das sei jedoch nicht möglich gewesen. „Damit hat die

Deutsche Bahn die letzte Chance vertan, um Arbeitskämpfe abzuwenden", so der Bundesvorsitzende der GDL und dbb Vize Claus Weselsky. Obwohl die DB vor den Verhandlungen in der Presse „neue Ideen" angekündigt hatte, stellte sie erneut die Vorbedingung der Tarifeinheit. Dazu erklärte Weselsky: „Damit müssten wir uns auch weiterhin ihrer Hausgewerkschaft EVG unterwerfen: Denn wir dürften zwar als dekoratives Beiwerk an den Verhandlungen für Zugbegleiter und weitere Beschäftigte des Zugpersonals mitwirken, aber die EVG bestimmt, was dann auch für die GDL-Mitglieder abgeschlossen werden darf." Die DB ignoriert dabei jedoch, dass 51 Prozent ihres Zugpersonals die GDL beauftragt haben, die notwendigen Verbesserungen der Arbeits- und Einkommensbedingungen zu tarifieren. „Und dem werden wir nachkommen", so Weselsky. (10/37/14)

Erste Gespräche zur Novellierung des Soldatenbeteiligungsgesetzes

(dbb) Die Bundesregierung will, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, die Soldatenbeteiligungsrechte stärken. Dazu hat die Leitung des Bundesverteidigungsministeriums eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Ihr gehören Vertreter aus Verbänden und Gewerkschaften auf der einen und des Ministeriums auf der anderen Seite an, wie der Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB) am 29. September 2014 mitteilte.

„Der VBB ist in dieser Arbeitsgruppe vertreten und wird sich für die angestammten Rechte der Beamtinnen und Beamten sowie der der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen", erklärte der Verband.

In einer ersten Sitzung am 29. September 2014 seien die Grundzüge der weiteren Arbeit festgelegt und inhaltliche Positionen ausgetauscht worden. Dabei habe der VBB seine positive Grundhaltung zu einer Verbesserung von Beteiligungsrechten geäußert, gleichzeitig aber betont, dass die Chance vertan worden ist, eine Änderung des Bundespersonalvertretungsrechts in Angriff zu nehmen. Besonderen Wert hätten die VBB-Vertreter auf die Feststellung gelegt, dass eine Änderung des Soldatenbeteiligungsgesetzes nicht zu Lasten der zivilen Seite erfolgen dürfe.
(11/37/14)

Wendt fordert stärkere Kontrollen – Eingriffe in Grundrechte sind hoheitliche Aufgabe

(dbb) Nach Bekanntwerden gewalttätiger Übergriffe von Mitarbeitern privater Sicherheitsdienste in nordrhein-westfälischen Asylbewerberheimen hat Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), ein Verbot für die Beschäftigung von Subunternehmen und schärfere Kontrollen in diesem Bereich gefordert.

Der „Frankfurter Rundschau" (Ausgabe vom 30. September 2014) sagte Wendt, wenn sich der Einsatz privater Sicherheitsdienste auf die Zugangskontrollen und den Schutz der Liegenschaft begrenzt, sei nichts dagegen einzuwenden. „Diese müssen aber sorgfältig ausgewählt werden und ihre Arbeit gehört kontrolliert. Die Beschäftigung von Subunternehmern sollte vertraglich verboten werden, denn sie sind die Schwachstelle des Systems. In Flüchtlingsheimen geht es um Konfliktlösungen. Eingriffe in die Grundrechte des Menschen sind hoheitliche Aufgaben und sollten Kräften der Kommunen, also dem Staat, vorbehalten bleiben. Fürsorge muss im Vordergrund stehen, nicht die Gewinn-Maximierung privater Unternehmen."

Jetzt würden sicher weitere negative Beispiele publik, „da in diesen Einrichtungen viel privatisiert und wenig kontrolliert wird. Misshandelte Bewohner von Flüchtlingsunterkünften werden jetzt verstärkt die Öffentlichkeit suchen und Anzeige gegen ihre Peiniger erstatten", sagte Wendt. „Die Kommunen verfügen über zu wenig Personal, um ständige Kontrollen durchzuführen. Derzeit gibt es gar keine. In der Praxis werden Firmen beauftragt, für Sicherheit zu sorgen, doch dann können sie machen, was sie wollen." So würden Missstände und Missbrauch nur zufällig aufgedeckt. „Ich kann nur sagen: ‚Willkommen im privatisierten Staat!' Bei zunehmenden Privatisierungen gilt:

privat vor Staat. Billig, billig, billig lautet die Maxime."

Zwar würden in den Heimen auch Pädagogen beschäftigt, „aber auf rund 700 Flüchtlinge kommt etwa ein Pädagoge. Da kann man kaum Qualität erwarten." Wenn der Staat nicht mehr Geld in die Betreuung investiert, werde in den Einrichtungen auch künftig kaum mehr Menschlichkeit herrschen.
(12/37/14)

VRB fordert Angleichung der Wochenarbeitszeit

(dbb) Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Änderung der Verordnung über die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten des Bundes (AZV) fordert der Verein der Rechtspfleger im Bundesdienst (VRB) erneut die Angleichung der Wochenarbeitszeit von 41 auf 39 Stunden analog den Regelungen für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes.

„Aus unserer Sicht führen unterschiedliche Regelungen hinsichtlich der wöchentlichen Arbeitszeit in einem Gericht oder einer Behörde, in der Beamtinnen, Beamte und Tarifbeschäftigte eng zusammenarbeiten, zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung", so der Vorsitzende des VRB, Matthias Stolp, am 1. Oktober 2014. Auswirkungen auf die Arbeitsverteilung, auf Mehrarbeit sowie auf die Bezahlung von – oftmals familiär bedingter – Teilzeitarbeit aufgrund der unterschiedlichen Teilzeitnenner würden von den Kolleginnen und Kollegen kritisiert, so Stolp weiter.

Der VRB unterstütze auch eine Aufhebung der starren Grenzen bei der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit für Teilzeitbeschäftigte. Diese würde zu einer höheren Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung und damit zu verbesserten Beschäftigungsbedingungen führen. So werde insbesondere Beamtinnen und Beamte, die sich die Kinderbetreuung oder die Pflege naher Angehörigen mit dem Partner oder anderen teilen, eine höhere Teilzeitquote ermöglicht.

Das Pilotprojekt „Langzeitkonten" gestattet Beamtinnen und Beamten eine erhöhte Zeitsouveränität durch finanziell abgesicherte Freistellungsphasen, vor allem für Pflege-und Kinderbetreuungszeiten. „Der VRB begrüßt daher, dass nunmehr weitere Ressorts am Pilotprojekt teilnehmen können", erklärte Stolp. Der Verordnungsentwurf sieht vor, dass die Ansparphase auf bis zu fünf Jahre (bis Ende 2020) verlängert wird, die maximale Ansparung auf 1.400 Stunden erhöht wird und die Entnahme von Guthaben über 2016 hinaus möglich sein soll. Der VRB bedauere jedoch, dass drei Jahre vor Erreichen der Antragsaltersgrenze ein Zeitausgleich lediglich in Form von Teilzeit ermöglicht und die Inanspruchnahme eines Blockmodells ausgeschlossen wird.
(13/37/14)

Namen und Nachrichten

(dbb) Die Eingruppierungsregelungen für den Sozial- und Erziehungsdienst hat der **dbb** gegenüber der VKA (Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände) und der Arbeitsrechtlichen Vereinigung Hamburg e.V. zum 31. Dezember 2014 gekündigt. Wie der dbb-Geschäftsbereich Tarif am 29. September 2014 weiter mitteilte, werden nun gemeinsam mit den Fachgewerkschaften die Forderungen für die bevorstehenden Tarifverhandlungen vorbereitet. Im Juli 2009 hatte sich der dbb nach langwierigen Tarifverhandlungen und wochenlangen Streiks auf eine neue Entgeltordnung für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst und tarifvertragliche Regelungen zum Gesundheitsschutz mit der VKA geeinigt. Für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst findet seit dem 1. November 2009 eine eigene Entgelttabelle als Anlage C zum TVöD Anwendung. Mit den eigenständigen Regelungen konnten einige Probleme, die der Übergang vom BAT zum TVöD mit sich gebracht hat, beseitigt werden. Eine Reihe struktureller Probleme konnte jedoch nicht gelöst werden. Insofern ist fünf Jahre nach Inkrafttreten der Entgeltordnung zum Sozial- und Erziehungsdienst festzuhalten, dass nach wie vor großer Handlungs- und Nachbesserungsbedarf besteht.

Beim umstrittenen Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) müssen die Gewerkschaften „endlich an einem Strang ziehen". Dazu hat der Vorsitzende der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ, **Dieter Dewes**, am 26. September 2014 aufgerufen. Würden die Verhandlungen nicht demokratisch und transparent geführt, müsse der Prozess gestoppt werden. Die Zollgewerkschaft hatte wiederholt davor gewarnt, dass im Zuge des Wegfalls letzter verbliebener Zölle zwischen der Europäischen Union und den USA bewährte Arbeitnehmer-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards abgesenkt werden. „Diese Normen dürfen nicht als bloße nichttarifäre Handelshemmnisse abgetan werden", sagte Dewes. Mit Hilfe der Gewerkschaften müsse verhindert werden, dass die drohenden Verschlechterungen eintreten. Zu befürchten seien wachsende soziale Ungleichheit aufgrund ungleicher Einkommens- und Gewinnverteilung sowie ein Verdrängungswettbewerb zu Lasten kleiner Unternehmen.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) unterstützt die Linie von Innenminister Ralf Jäger (Nordrhein-Westfalen), die Zahl der eingesetzten Polizeibeamten zum Schutz von Fußballspielen an die jeweilige Spielbegegnung anzupassen. DPolG Bundesvorsitzender **Rainer Wendt** sagte am 26. September 2014, Jäger ziehe die richtige Konsequenz aus der zunehmenden Belastung der Einsatzkräfte, die zum Schutz von Fußballspielen Woche für Woche rund um die Stadien für Sicherheit sorgen. „Allein in der Saison 2012/13 summierten sich die Einsatzstunden von Polizeikräften aus Bund und Ländern bundesweit auf fast 1,8 Millionen. Das entspricht Ausgaben von fast 100 Millionen Euro im Jahr. Es ist also zwingend, allein um den Steuerzahler nicht weiter zu belasten, die Notbremse zu ziehen. Das Innenministerium liegt richtig, wenn es eine genaue Analyse von risikoreichen Spielbegegnungen vornimmt und bei bestimmten Partien zu dem Schluss kommt, weniger Polizisten einzusetzen, ohne dass es zu Lasten der Sicherheit geht."

Die Ausschreibung für den „Deutschen Lehrerpreis - Unterricht innovativ" hat große Resonanz gefunden. Fast 200 Gruppen mit über 1.000 Schülern schlugen besonders engagierte Lehrkräfte vor, rund 90 Lehrer-Teams reichten ihre innovativen Unterrichtsmodelle ein. Der Wettbewerb findet im in diesem Jahr zum sechsten Mal statt, bis Ende Juni 2014 konnten Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer aus ganz Deutschland ihre Vorschläge und Projekte einreichen, wie der Deutsche Philologenverband (**DPhV**) als Mitveranstalter am 30. September 2014 mitteilte. In der ersten Kategorie sind 180 Lehrkräfte nominiert, in der zweiten Kategorie kamen 90 Bewerbungen in die Vorauswahl. Die feierliche Preisverleihung findet am 1. Dezember 2014 in Berlin statt.

Auf seiner Bundeshauptvorstandssitzung am 26./27.September 2014 in Fulda hat der Bundeshauptvorstand des **BLBS** (Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen) Positionspapiere zu den „Lernfeldbezogenen Zeugnissen", zur „Nachwuchssicherung von Lehrkräften" und zum „Lehramt an berufsbildenden Schulen" beschlossen. Die Positionen sind auf www.blbs.de abrufbar. (14/37/14)